

Sitzungsvorlage Nr. 0193/2018/KREIS

Beratungsfolge	Datum	Status
Jugendhilfeausschuss	11.09.2018	öffentlich

Zuständige Facheinheit: 51 - Fachbereich Jugend und Familie 40 - Fachbereich Bildung, Schule, Kultur und Sport	Berichtersteller/-in: Grotendorst, Markus Möllenbeck, Elisabeth
---	--

Beratungsgegenstand:

Resolution zum Fachkräftemangel in Tageseinrichtungen für Kinder

Beschlussvorschlag:

Der Jugendhilfeausschuss verabschiedet die in der **Anlage 1** beigefügte Resolution zum Fachkräftemangel in Tageseinrichtungen für Kinder und beauftragt die Verwaltung mit dem Versand an das Land NRW.

Rechtsgrundlage:

Beschluss des Jugendhilfeausschusses vom 29.05.2018

Sachdarstellung:

Seit 2015 beschäftigt sich die Arbeitsgemeinschaft der Jugendhilfeplanung zur Tagesbetreuung (AG I) und das Kreisjugendamt mit dem Fachkräftemangel bei Erzieher/innen. Anfang des Jahres 2016 hat das Kreisjugendamt eine Umfrage unter den Kita-Trägern zum Bedarf für einen Bildungsgang zur praxisintegrierten Ausbildung von Erzieher/innen durchgeführt. Zusammengefasstes Ergebnis der Umfrage war, dass der Fachkräftemangel von den Trägern grundsätzlich bestätigt worden ist und dass Bedarf für weitere Angebote zur Gewinnung junger Menschen für die Ausbildung zur Erzieher/in bestünde, allerdings angesichts der Nichtauskömmlichkeit der KiBiz-Finanzierung keine weitere finanzielle Belastung (Ausbildungsvergütung und -begleitung) getragen werden könne. Die Revision der Fördersystematik des KiBiz ist seit mehreren Jahren angekündigt. Die Einrichtung eines neuen praxisintegrierten Bildungsganges musste daher seinerzeit bis auf Weiteres aufgeschoben werden. Die AG I hat in der Folge in einem Positionspapier auf den Fachkräftemangel hingewiesen und Gespräche mit Vertreter/innen aus Politik und Verwaltung geführt. Seit 2 Jahren wird die Thematik auch im Rahmen der jährlichen Maßnahmenprogramme des Kreisjugendamtes weiterverfolgt.

Durch die verstärkte Nachfrage nach Kindertagesbetreuung (gestiegene Geburtenzahlen und Zuzüge, deutlich steigendes Nachfrageverhalten der Eltern in der U3- und Ganztags-Betreuung) sind in den letzten beiden Jahren viele Gruppen und auch Kitas neu eingerichtet worden. Weitere Ausbaumaßnahmen sind notwendig und geplant. Der Fachkräftemangel hat seit der seinerzeitigen Umfrage zugenommen.

Das Land hat zum Ende des vergangenen Jahres ein Rettungsprogramm für Kita-Träger beschlossen und ausgezahlt, im Juli sind Eckpunkte eines Übergangsgesetzes für das Kita-Jahr 2019/20 mit einer weiteren Verbesserung der Förderung veröffentlicht worden und das Land ist bereits weitere Verfahrensschritte zu einer nun konkret geplanten KiBiz-Revision gegangen. Zuletzt hat sich der Landesfamilienminister Dr. Stamp auf die Vorlage eines Referentenentwurfes bis zum Januar 2019 öffentlich festgelegt. Der Rahmen für die Einrichtung eines PIA-Ausbildungsganges hat sich gegenüber der seinerzeitigen Umfrage somit wesentlich verändert.

Fachkräfte einer Kita aus Isselburg haben Ende April 2018 in einem Offenen Brief aus ihrer Sicht auf den Fachkräftemangel aufmerksam gemacht. Ein Antrag der SPD-Fraktion zur letzten JHA-Sitzung am 29.05.2018 hat diesen Brief aufgegriffen und eine Resolution an das Land als Gesetzgeber für das Kinderbildungsgesetz eingefordert. In dieser Sitzung wurden parteiübergreifend der Handlungsbedarf und die zeitliche Dringlichkeit zur Sicherung des Fachkräftebedarfes in der Kindertagesbetreuung festgehalten. Die weiteren Beratungen sollten über die Fachgremien der AG I und über die Planungsbegleitgruppe geführt und die Bereitschaft der Träger zur PIA-Ausbildung neu abgefragt werden.

Am 14.06.18 hat die AG I, am 20.06.18 eine eingesetzte Unterarbeitsgruppe und am 25.06.18 die Planungsbegleitgruppe zum Thema beraten. Die Beteiligten sind überzeugt, dass ein gemeinsames Handeln aller Akteure erforderlich ist, um dem Fachkräftemangel entgegen wirken zu können. Am 19.07.18 wurden die Träger und beauftragten Verwaltungsstellen für die Kitas im Kreisjugendamtsbezirk zur Planung einer PIA-Ausbildung über das Berufskolleg Lise-Meitner am Standort Stadtlohn informiert und zu einer belastbaren Rückmeldung zur Einrichtung von PIA-Ausbildungsstellen in ihren Kitas angeschrieben. Die Kommunen mit eigenem Jugendamt im Kreis Borken und der Landkreistag NRW wurden über die Umfrage informiert.

Für 21 von 33 Trägern sind Rückantworten eingegangen. Die Rückmeldungen repräsentieren 83 von 100 Kitas im Kreisjugendamtsbezirk und 86% der Kita-Gruppen. Darüber hinaus haben die Träger/Verwaltungsstellen auch für ihre 86 Kitas in den Bezirken der Stadtjugendämter Interesse zur PIA-Ausbildung mitgeteilt. Insgesamt ist die Einrichtung von 19 Plätzen im ersten Ausbildungsjahr 2019/20, 17 in 2020/21 und 19 in 2021/22 zugesagt worden. Darüber hinaus haben mehrere Träger das grundsätzliche Interesse geäußert, aber noch keine belastbare Platzzahl gemeldet. Diese Zahlen sind ausreichend zur Einrichtung einer PIA-Ausbildungsklasse pro Ausbildungsjahr. Hierbei wurden als zwingende Voraussetzung für eine dauerhafte Einrichtung von PIA-Ausbildungsplätzen ganz überwiegend die gesonderte Förderung dieser Ausbildung innerhalb der KiBiz-Finanzierungssystematik und die höhere Anrechnung auf den Personalschlüssel sowie als zwingende bis wünschenswerte Voraussetzung ein gut erreichbarer Schulstandort und eine konzertierte Aktion zum Ausbildungsmarketing genannt.

Die Ergebnisse der Umfrage bestätigen zur Personalsituation in den Kitas, dass die Träger mit schnelleren Entfristungen von Arbeitsverträgen sowie vermehrt mit Teilzeitangeboten - auch unterhalb eines Umfangs von 0,5 - arbeiten. Insgesamt sind mehr als 80% der Arbeitsverträge unbefristet und etwas mehr als die Hälfte der Personalkräfte sind teilzeitbeschäftigt. Auch verstärkte Neueinstellungen mit unbefristeten Verträgen, flexiblere Gestaltungen von Arbeitszeitmodellen, Einstellungen aus anderen Qualifikationsbereichen und Einstellungen als Fachkraft auf Ergänzungskraftstellen werden als Reaktion auf den Fachkräftemangel genannt.

Nach den Rückmeldungen werden knapp 100 Praktikantinnen und Praktikanten in den 83 Kitas beschäftigt (41 im Berufsanererkennungsjahr -BAJ- und 58 im Praktikum zur Fachoberschule -FOS-), allerdings konnten 19 BAJ-Praktikantenstellen nicht besetzt werden.

Die Träger/Verwaltungsstellen haben inklusive langfristiger Erkrankungen 23 vakante Stellen gemeldet (=2,2% bezogen auf alle Stellen). Bei den Stellenbesetzungsverfahren sind zwar nur 5 Ausschreibungen vollständig erfolglos geblieben, allerdings werden allgemein deutlich rückläufige Bewerbungszahlen zurückgemeldet.

Die Ergebnisse der Umfrage bestätigen, dass zurzeit noch kein Personalnotstand besteht, dass aber heute bereits eine deutliche Anspannung des Arbeitsmarktes für die Kindertagesbetreuung besteht und bei den weiter steigenden Bedarfen und bei dem Wettbewerb von benachbarten Berufsfeldern die Sicherung der ausreichenden Personalversorgung gefährdet ist.

Mit der Umfrage wurden auch Ansätze zum Bürokratieabbau für die KiBiz-Revision angefragt. Es wurden Rückmeldungen zu den Bereichen Qualifizierung/Pädagogik, Betriebs- und Investitionskostenförderung gegeben, die weitestgehend in der Diskussion um die KiBiz-Revision bereits bekannt sind. Die aufbereiteten Rückmeldungen werden an den Landkreistag NRW zur Berücksichtigung im Gesetzgebungsverfahren weitergeleitet.

Auf dieser Basis ist unter Beteiligung des Sprechers und der Sprecherin der AG I die in der **Anlage 1** beigefügte Resolution an das Land NRW aufgestellt worden.

Entscheidungsalternative(n):

Ja

Auf die Resolution wird verzichtet.

Finanzielle Auswirkungen:

Direkt keine.

Über die Einbringung in das Gesetzgebungsverfahren zur grundlegenden KiBiz-Revision wird eine Verbesserung der finanziellen Ausstattung der Träger erwartet. Über die Finanzierungsanteile der Kommunen entscheidet das Land im Gesetzgebungsverfahren.

Anlagen:

Anlage 1 - Resolution zum Fachkräftemangel